



Solidarität ist keine Einbahnstraße

Solidarität ist keine Einbahnstraße

Rentner haben keinen Anspruch auf Krankengeld. Deshalb macht die Partei DIE LINKE momentan Stimmung gegen den Sonderbeitrag von 0,9 Prozent, der auch bei Senioren in der Gesetzlichen Krankenversicherung fällig wird. Doch das Argument verfährt nicht. Denn umgekehrt tragen junge Erwerbstätige mehr als die Hälfte der Kosten, die Ältere in der Krankenversicherung verursachen.
Seit Juli 2005 zahlen Arbeitnehmer und Rentner den Zusatzbeitrag zur Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV). Dagegen haben einige Ruheständler - erfolglos - geklagt. DIE LINKE rechnet jetzt vor, dass Rentner seit 2005 mehr als 7,5 Milliarden Euro zur Finanzierung des Krankengelds beigetragen hätten. Was nach Skandal riecht, entpuppt sich bei genauerem Hinschauen aber als Milchmädchenrechnung.
Es gibt nämlich keinen direkten Zusammenhang zwischen dem Sonderbeitrag und dem Krankengeldanspruch. Der Beitrag dient vielmehr zur Finanzierung aller Leistungsansprüche in der GKV. So kann ja beispielsweise auch kein Mann einen niedrigeren Beitrag verlangen, weil er von den Leistungen bei Mutterschaft ausgeschlossen bleibt.
Außerdem vergessen die Wortführer, dass die Solidargemeinschaft ältere Versicherte bereits in hohem Maß unterstützt:
Im Jahr 2010 zahlte ein erwerbstätiges GKV-Mitglied zusammen mit dem Arbeitgeberanteil durchschnittlich 3.589 Euro an seine Krankenversicherung, nahm aber lediglich Leistungen für 2.473 Euro in Anspruch.
Rentner schlugen hingegen mit durchschnittlich 4.792 Euro Kosten je Mitglied zu Buche, die Beitragseinnahmen lagen indes im Schnitt nur bei 2.116 Euro.
Jeder beitragszahlende Rentner finanziert also gerade einmal 44 Prozent der von ihm verursachten Leistungsausgaben. Ruheständler vom Sonderbeitrag zu befreien hieße also, die jüngeren Beitragszahler noch stärker zu belasten.

Dr. Jochen Pimpertz
Telefon: 0221 4981-760

Pressekontakt

Institut der deutschen Wirtschaft Köln (IW Köln)

50968 Köln

Firmenkontakt

Institut der deutschen Wirtschaft Köln (IW Köln)

50968 Köln

Das Institut der deutschen Wirtschaft Köln ist das führende private Wirtschaftsforschungsinstitut in Deutschland. Wir vertreten eine klare marktwirtschaftliche Position. Es ist unser Auftrag, das Verständnis wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Prozesse in Politik und Öffentlichkeit zu festigen und zu verbessern. Wir analysieren Fakten, zeigen Trends, ergründen Zusammenhänge ? über die wir die Öffentlichkeit auf vielfältige Weise informieren. Wir forschen nicht im Elfenbeinturm: Unsere Erkenntnisse sollen Diskussionen anstoßen. Unsere Ergebnisse helfen, die richtigen Entscheidungen zu treffen. Als Anwalt marktwirtschaftlicher Prinzipien entwerfen wir für die deutsche Volkswirtschaft und die Wirtschaftspolitik die bestmöglichen Strategien und fordern und fördern deren Umsetzung.